

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

9. Woche für die Zeit vom 26. Februar bis 4. März 1898.

Posen, 7. März 1898.

Bericht

über die Generalversammlung des Vereins zur Unterstützung der polnischen Wirthschaftsbeamten in der Provinz Posen.

Am Sonntag, den 27. Februar 1898 fand im Hotel de Berlin hierselbst die diesjährige Generalversammlung des Wirthschaftsbeamten-Unterstützungsvereins statt. Erschienen waren nur 14 Vereinsdelegirte. Vier Kreise waren garnicht vertreten. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths Graf v. Kwilcki-Dobrojewo eröffnete die Versammlung kurz nach 12 Uhr Mittags, sprach sein Bedauern aus über die schwache Betheiligung der aktiven Vereinsmitglieder an der Generalversammlung im Allgemeinen, sowie auch im Besonderen an der Vereinsthätigkeit überhaupt. Es sei geradezu unbegreiflich, daß so viele Wirthschaftsbeamte dem Verein, welcher ja doch lediglich das Interesse und den Vortheil der Beamten im Auge habe, fern ständen. Der Verein verschaffe ja nicht allein den stellensuchenden Vereinsmitgliedern Wirthschafts- und Brennereibeamtenstellen, sondern

unterstütze sie auch in Krankheits- und Invaliditätsfällen und zahle mit dem sechzigsten Lebensjahre Renten. Er hoffe daher, daß die wenigen Anwesenden sich die größte Mühe geben würden, die dem Verein noch fernstehenden Berufsgenossen zum Beitritt zu veranlassen und auf diese Weise dem Verein nicht nur neue Mitglieder, sondern auch der Vereinskasse, und dies sei doch die Hauptsache, neue Einnahmequellen zu verschaffen.

Hierauf erstattete der Vorsitzende des Vereinsvorstandes, Rittergutsbesitzer Niemojowski-Jedlec den 37. Jahresbericht, aus welchem Folgendes zu entnehmen war: dem Verein sind zehn aktive Mitglieder beigetreten, so daß deren Zahl 155 beträgt. Die Zahl der Ehrenmitglieder beträgt 194. Da die Zahl der Ehrenmitglieder diejenige der aktiven Mitglieder um 39 übersteige, so bestehe, nach Ansicht des Redners, das anormale Verhältniß nach wie vor noch weiter. Die finanzielle Lage des Vereins sei als eine günstige insofern zu bezeichnen, als 11 Kreise eine Mehreinnahme gegen das Vorjahr aufwiesen. Das Vereinsvermögen stelle sich am Schluß des Jahres 1897 wie folgt dar:

Einnahmen.

1) Bestand aus dem Jahre 1896	3766,29 M.
2) Beiträge:	
a. Einschreibgebühren	180,00 M.
b. Beiträge der wirklichen Mitglieder	1487,25 "
c. Beiträge der Ehrenmitglieder	1570,25 "
3) Zinsen:	
a. Von den Werthpapieren	2647,75 M.
b. Von den Hypotheken	810,00 "
4) Außerordentliche Einnahmen:	
a. Zinsen von Dispositionsfonds	30,04 M.
b. " von Asylhausfonds	76,15 "
c. Reste vom Pfandbriefsankauf	41,55 "
d. Von den Delegirten für den Asylhausfonds	63,00 "

Gesamteinnahme = 10 672,28 M.

Ausgaben.

1) Für Unterstützungen	280,— M.
2) " Ruhegehälter	4642,05 "
3) " Verwaltungskosten	896,75 "
4) Den Delegirten Reisekostenentschädigung	147,95 "
5) Außerordentliche	139,15 "

Gesamtausgabe = 6 105,90 M.

Zusammenstellung.

Einnahme	10 672,28 M.
Ausgabe	6 105,90 "
Rest für 1898 =	4 566,38 M.

Das Vereinsvermögen besteht aus:

I. dem eisernen Fonds:

a. in Posener 3½% Pfandbriefen	65 700,— M.	
b. in 4½% Hypotheken	18 000,— "	83 700,— M.

II. dem Dispositionsfonds:

a. baar	4 566,38 M.	
b. in Kupons	2 299,50 "	
c. in Hypothekenzinsen	810,00 "	7 675,88 M.

III. dem Asylhausfonds 1 782,47 M.

IV. den Mobilien und Geräthen, nach Abzug von 10% Abnutzung . . . 202,50 "

Zusammen = 93 360,85 M.

Der Vereinsvorsitzende machte hierauf den Vorschlag, ob es sich nicht empfehlen würde, das Vereinsvermögen in höheren Zinsfuß tragenden, vielleicht ausländischen Werthpapieren anzulegen. Nach lebhafter Erörterung dieser Frage kommen die Versammelten einmütig dahin überein, das Vereinsvermögen nach wie vor nur in vollständig sicheren, inländischen Papieren oder auf Hypotheken unterzubringen.

Zum Schluß wies der Vereinschriftführer Kasimir v. Koszutski ziffermäßig nach, daß der Wirthschaftsbeamten-Unterstützungsverein von allen privaten und staatlichen Lebensversicherungs-Gesellschaften der billigste und die meisten Vortheile gewährende Verein sei. Den meisten Wirthschaftsbeamten seien wohl die Vereinsjahungen unbekannt, ebenso auch die Vortheile, welche aus der Vereinsmitgliedschaft entsprängen, und dieses sei auch sicherlich der Grund des geringen Interesses für den Verein. Graf v. Kwilecki ersuchte die erschienenen Vereinsmitglieder, mit den Vereinsjahungen in der Hand an die Ungläubigen, d. h. an die dem Verein noch nicht angehörenden Wirthschaftsbeamten heranzutreten und sie mit Hilfe dieses Beweisstückes für den Verein zu gewinnen. Hiermit erreichte die Versammlung gegen ½ 3 Uhr Nachmittags ihr Ende. Der Verlauf der Versammlung war ein ruhiger. Politische Fragen blieben unberührt.

Portasiewicz,
Königl. Polizei-Inspektor.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 44 des Dziennik Kujawski
vom 24. Februar 1898:

Das Industrie- und Baugenossenschaft in Posen.

Aus dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1897 erfahren wir, daß die Anzahl der Mitglieder der Genossenschaft von 309 im Jahre 1896 auf 343, die Anthelle von 18 956 auf 22 399, der Reservefonds von 2331 Mark auf 3194 Mark und die in der Bank der Industriellen befindlichen Depositen von 21 930 Mark auf 26 355 Mark angewachsen sind.

Der der Generalversammlung zur Verfügung gestellte Reingewinn beträgt in diesem Jahre 766 Mark. Den Vorstand der Genossenschaft bilden die Herren: W. Kortak, M. Wienkowski und W. Gniatczynski; Vorsitzender des Aufsichtsraths ist der Abgeordnete Stephan Cegielski.

Aus Nr. 43 des Goniec Wielkopolski
vom 23. Februar 1898:

„Aus Asche bist Du entstanden und zu Asche wirst Du werden.“

Diese Worte ruft am Aschermittwoch die göttliche Kirche den Nationen und einzelnen Personen, Besiegten und Siegern in Erinnerung. Das menschliche Geschlecht ist in Bezug auf Zeit unsterblich, wiewohl die einzelnen Menschen sterblich sind. Die Menschheit ist bis ans Ende der Welt unsterblich, doch Nationen und Personen sterben. Wir Polen müssen daraus eine tiefe Lehre schöpfen, denn auf uns sehen so viele andere Völker und fragen, ob wir auch verstehen werden, dem Tode den Stachel zu entreißen und die Auferstehung zu erleben. Wir stehen heute an der Pforte einer Epoche, in der jede Nationalität aus der Asche sich erhebt und ihren Platz am Tische der europäischen Mächte verlangt. Volksstämme wie die Montenegriner, Bulgaren, Serben, die kaum je eine Million Einwohner zählen, erwachten aus dem Schlafe und führen ein freies Leben, das kleine Griechenland leistete Widerstand, selbst Kreta erhält Selbstverwaltung, Irland schreitet mit hochgehobenem Haupte vorwärts und sieht im Geiste bereits den Untergang des stolzen Albions, das durch so viel Jahre im Blute des katholischen Volksstammes schwamm. Und wir? Werden wir die Tage der Heimsuchung, die Gott über uns verhängte, ertragen? So Gott will, werden wir sie überdauern, doch wir Polen bedürfen der Festigkeit mehr, als irgend Jemand auf der Welt. Unsere Schule des Lebens ist eine viel schwierigere, unsere Reifeprüfung erfordert mehr Bedingungen, denn die Vorsehung hat uns zu Höherem berufen, denn unsere Triumphe würden andere sein, als die Triumphe solcher kleinen Stämme. Wir Polen geben uns der festen Ueberzeugung hin, daß das Licht des wahren Glaubens, das Licht, welches wir durch tausend Jahre mit unserer Brust schützten, den ganzen Osten umfassen werde, doch es wird ihn erst durch die politische Freiheit, durch die Freiheit dessen, was heute unter der Zarenkute stöhnt, umfassen. Dahin werden jedoch weder Revolutionen, noch Bomben der Nihilisten oder Petarden der Anarchisten führen.

Das Blut der Katholiken, die in den Steppen Sibiriens ruhenden Gebeine der Polen liefern heute den Beweis dafür, daß die frühere Größe des polnischen Volkes in Asche zerfiel, sie geben aber auch die beste Bürgschaft dafür, daß aus der Asche wieder ein Volk erstehen wird, wenn Gerechtigkeit und Barmherzigkeit dem Barbarenthum und der Unwissenheit ein Ende machen werden.

Aus Nr. 46 des Dziennik Poznański
vom 26. Februar 1898:

Eine ernste Warnung.

Der Herr Minister des Innern hat anlässlich der Beschwerde des Abgeordneten Schröder über die seitens der Polizeibehörden in den von polnischer Bevölkerung bewohnten Landestheilen begangenen, die gesetzlichen Vorschriften verletzenden Uebergriffe diese Behauptung nicht nur geradezu in Abrede gestellt, sondern uns sogar gedroht und gewarnt, nicht mit dem Feuer zu spielen. . . . Wir haben jedoch ein reines Gewissen. Indem wir uns in den göttlichen Willen fügen, werden wir nach der heiligen Schrift dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, aber auch unsere geistigen Schätze hüten, unsere noch zu Kraft bestehenden Rechte verlangen, Gerechtigkeit fordern und nach dieser Richtung hin auf gesetzlichem Wege agitiren. In dieser Ueberzeugung und in dieser frommen Arbeit werden uns keine ministeriellen Drohungen und chauvinistischen Hegereien aufhalten oder abschrecken.

Aus Nr. 9 der Praca
vom 27. Februar 1898:

Die jetzige Politik

der preussischen Reaktion den Polen gegenüber ist eine rücksichtslose Wiederkehr zu dem Bismarckschen System. . . . Das polnische Volk erträgt jegliche preussischen Verfolgungen mit Ruhe und in dem festen Glauben an eine bessere Zukunft und arbeitet im Schweisse seines Angesichts an seiner materiellen und geistigen Hebung. Unsere, fast zu Schleuderpreisen erscheinenden Volksblätter, die polnischen, die Bildung unter das Volk tragenden Bücher, die in tausenden von Exemplaren verbreiteten Werke polnischer Dichter gelangen thatsächlich dahin, wo Mickiewicz sehnlichst wünschte, daß sie gelesen würden, nämlich unter das Dach der Bauernhütten. Wir wollen deshalb, trotz der Anstrengungen des deutschen Chauvinismus, nicht den Muth verlieren, sondern unseren Gegnern dreist in die Augen sehen und aus voller Brust rufen:

Es giebt ein Polen, es gab ein Polen,
Es wird ein Polen geben — Polen ist nicht verloren!

Aus Nr. 45 des Dziennik Poznański
vom 25. Februar 1898:

Keine Betheiligung.

In dieser Angelegenheit erhielten wir ein Schreiben, welches wir vor allen Dingen dahin beantworten wollen, daß wir nicht nur den in Berlin, sondern auch den bei uns lebenden H.-R.-Listern die größte Freude bereiten würden, wenn wir gänzlich verstummten. Das wäre für die H.-R.-Listern ein Triumph, an den sie nicht im Traume gedacht haben.

Wir können die Frage durchaus nicht in der Weise stellen: Heute werden wir nicht nach Berlin fahren, aber vielleicht morgen! Die Politik ist ein Feld zum Kampf, aber nicht zum Ausruhen und zur Bequemlichkeit. Nach der Ansicht des Verfassers könnte es scheinen, daß er uns den Rath giebt, zu kämpfen, so lange es bequem ist, die Waffen aber von uns werfen, wenn der Kampf lästig und sehr

lästig wird. Wir können nicht annehmen, daß in Berlin dereinst so ideale Verhältnisse eintreten sollten, wie sie der Verfasser anscheinend wünscht. Wer soll uns von dem Wechsel der Verhältnisse benachrichtigen, wenn wir dort Niemanden, der mit der Politik näher in Berührung tritt, haben werden? Vielleicht die Zeitungen, Generalversammlungen, Briefe einzelner Personen? Das würde erst eine Verwirrung geben, denn viele Köpfe, viele Sinne. Bei den immer bitterer werdenden Verhältnissen würde es dazu kommen, daß die Einen nicht nach Berlin fahren, die Anderen dagegen, und sei es nur der Diäten wegen, fahren würden, denn es giebt bereits eine Partei, die den Abgeordneten damit droht, daß sie ihnen nicht die Mandate, aber die Diäten entziehen werde. Soll denn die Beeinflussung (Terro-riasmus) der Abgeordneten seitens der Wähler soweit gehen, daß man ihnen nach erfolgter Wahl sagt: Wir haben Euch gewählt, doch Ihr dürft beileibe nicht eher nach Berlin fahren, als bis wir es Euch gesagt haben werden. Die Abgeordneten sind doch keine Kutscher, denen man einmal sagen kann: „Spann an“ und dann wiederum: „Spann aus“!! Wenn überhaupt von einer Nichttheilnahme (Abstinenz) der Abgeordneten an den parlamentarischen Arbeiten die Rede sein kann, so kann dieselbe lediglich von der Fraktion, nicht aber von den Abgeordneten ausgehen. Darüber zu sprechen steht Jedermann frei, Beschluß zu fassen nur den Fraktionen. Wir wollen Niemanden das Wort entziehen, deshalb haben wir den Brief des geehrten Einsenders abgedruckt, doch wir bemerken ausdrücklich, daß wir trotz des bestens Willens künftighin bei der Veröffentlichung solcher Stimmen, die die schwierige Stellung unserer Abgeordneten noch mehr erschweren und das Ansehen der Fraktion durch kritische Bemerkungen nach Außen und Innen schmälern, uns beschränken werden. Wir beziehen dies natürlich nicht auf das Verhältniß der Abgeordneten zu den Wählern. Eine jede solche Stimme greifen Leute, welche der jetzigen Ordnung der Dinge, d. i. der Gemeinschaft aller Bevölkerungsschichten abhold sind, auf, betonen sie und stellen sie als Muster hin, nicht deshalb, weil sie mit den Ansichten der Briefsteller übereinstimmen, sondern weil sie gerade entgegengesetzter Meinung sind. Wir wollen übrigens nicht mit dem Briefschreiber zanken, weil er uns angreift, denn das Recht ist auf unserer Seite zu klar, als daß wir uns deshalb besonders ins Zeug werfen sollten. Auf Eines wollen wir noch aufmerksam machen. Wir behaupten, daß die Nichttheilnahme der Abgeordneten an den parlamentarischen Arbeiten den Wählern die Lust benehmen werde. Der Verfasser ist entgegengesetzter Ansicht, indem er auf die Reize der polnischen Gesellschaft rechnet. Die Nichttheilnahme kann gegebenenfalls eine Belästigung der Wähler durch fortwährende Neuwahlen zur Folge haben, ob dies aber wünschenswerth wäre, möge er selbst beurtheilen. Wenn wir aber zur Arbeit aufforderten, so bezog sich dies auch auf die politische Arbeit, für welche Berlin und kein anderer Ort für unsere Abgeordneten das richtige Feld bietet. Es ist dies ein schwieriges, undankbares Feld, darüber ist weiter kein Wort zu verlieren, doch dasselbe im Stich lassen, ob es bequem oder unbequem sei, wäre ein großer Fehler, denn das Sprichwort sagt schon: „Les absents ont toujours tort.“

Ein negativer Appell an den Thron erscheint uns ebenfalls überflüssig, denn in den höchsten Kreisen sind alle Faktoren vorzüglich unterrichtet und wissen, was sie wollen, auf unsere Rathschläge und Fingerzeige warten sie nicht. Auch wäre das eine Art von Hespolitik, die aber die wenigsten Vortheile verspräche. Wenn aber die Fruchtlosigkeit unserer parlamentarischen

Politik uns zur Nichtbetheiligung an den parlamentarischen Arbeiten führen soll, so müßten wir im weiteren Verfolg z. B. auch die polnische Presse aufheben, denn auch sie erzielt keine positiven Ergebnisse und hat auch Niemanden, mit dem sie verhandeln könnte. Und obwohl eine gewisse Presse uns mitunter Nachtheile zufügt, so wird sich doch wohl schwerlich Jemand finden, welcher für deren gänzliche Beseitigung eintrete.

Das Schreiben des Herrn von Halewicz hat folgenden Wortlaut:

„In der von Herrn Anton Karpinski zur Besprechung und Erörterung empfohlenen Angelegenheit ist es Pflicht auch der weniger Berechtigten, ihre Ansicht auszusprechen, um aus den vielen Stimmen ein Bild von der Ansicht der Mehrheit zu gewinnen. Die Ansicht des Herrn Karpinski ist in der Hauptsache auch meine Ueberzeugung, die ich seit der Zeit habe, seit welcher man mit der größten Rücksichtslosigkeit und Offenheit die Ausrottungspolitik gegen uns betreibt. Ich will den Nebengedanken, nämlich die Ueberweisung der Abgeordnetenämtern zu Nationalzwecken, ganz fallen lassen, denn auch schon der Verfasser des Briefes hat den Umstand als einen erst in zweiter Reihe kommenden betrachtet, welcher aber merkwürdigerweise auf den größten Widerstand stieß, als ob er den Hauptzweck des Briefes bildete. Ich will auch über die Prognose der Krankheit des Parlamentarismus nicht streiten, auch nicht einmal abwägen, ob die Betheiligung oder Nichtbetheiligung an den parlamentarischen Arbeiten uns bis jetzt mehr Vortheil als Nachtheil gebracht habe. Für mich ist der wichtigste Punkt des Briefes die Frage, ob unsere Abgeordneten in Zukunft nach Berlin reisen sollen oder nicht. Maßgebend bei der Beantwortung der Frage ist, was uns angesichts der feindlichen Politik und der Haltung und Gesinnung der deutschen Mehrheit die Logik zu thun gebietet? Diese aber sagt geradezu: „Mit Leuten, die hartnäckig behaupten, daß schwarz weiß sei, höre ich auf mich zu unterhalten, denn das Reden hat da keinen Sinn.“ Haben wir aber mit einer solchen Mehrheit thatsächlich zu thun? Ich glaube, wir wissen es Alle: Man hat uns einem fremden Staatssystem einverleibt; um die öffentliche Meinung darüber zu beschwichigen, hat man uns einige Rechte und Bürgschaften verliehen, die man jedoch nicht gehalten hat; heute werden wir als lästige Bürger von unserm eigenen Grund und Boden verdrängt. Man verdrängt uns durch Ausweisung unserer Vandalen, trotz der uns in den neuen Grenzen zugesicherten Freiheit der Bewegung, man verdrängt uns durch mit mehr als hundert Millionen Mark ausgestattete Anstalten, man verdrängt uns aus Ämtern und Stellen, die durch unsere Steuern bezahlt werden; man verdrängt unsere Sprache, unsere Religion und unsere materielle Existenz durch unzähliges Drangsaliren und behauptet, dies sei gerecht, sittlich und billig. Da eine derartige Behauptung nicht mit dem göttlichen Rechte, nicht mit meinen und den Grundsätzen der Ethik und des Verstandes der ganzen Welt in Einklang zu bringen ist, da heutzutage die deutsche Mehrheit behauptet, diese schwarze Untugend sei eine weiße Tugend, so habe ich keine Veranlassung, mich deshalb vergebens ins Zeug zu legen und unnöthigerweise Zeit zu vergeuben. Es sei denn, daß wir die deutsche Gesellschaft sittlich heben wollten und die ferneren Erörterungen mit der Mehrheit der Vertreter der deutschen Gesellschaft und der Regierung die Bedeutung eines in der Wüste rufenden Apostels haben sollten! Eine solche Aufgabe dürfte sich für uns erübrigen, eine derartige Pflicht haben wir nicht. Der Dziennik hebt, natürlich in dem besten Glauben,

ferner hervor, daß wir trotz der wenigen Vertreter schon wiederholt entscheidend waren und daß wir auch diesmal vielleicht nicht zu Gunsten der Regierung den Ausschlag geben werden. Welchen Erfolg soll dies haben? Will denn vielleicht Jemand durch „Nichtbewilligung“ Rache üben? Wir bewilligten noch vor Kurzem, dafür wurden wir gezüchtigt, wie Kinder, deren guter Wille für Unaufrichtigkeit gehalten wurde, denn man hat ihn nicht verstehen wollen; bewilligen wir aber nicht, dann wird das erst recht Wasser auf die Mühle der H.-R.-Liste sein, um neues Unrecht zu begründen und ihre Gesellschaft weiter irre zu führen. Zur ferneren Züchtigung verspüren wir aber keine Lust. Sollten wir wirklich mit unseren Stimmen gegen die Regierungsvorlage den Ausschlag geben, wird da die Regierung trotz der feindlichen Haltung des Reichstages keine Schiffe bauen? Wozu haben wir da die Auflösung des Reichstages, wozu ist die Indemnisation, wozu die Attentate, zu denen es an Präzedenzfällen nicht mangelte und die in diesem Falle so leicht sind? Meiner Ansicht nach ist das Stimmen „für“ oder „gegen“ die Vorlage nicht am Plage, denn der Wunsch der Regierung wird auf jeden Fall in Erfüllung gehen. Die Schlußbemerkungen des Dziennik, anlässlich der Erklärung des Herrn Karpinski, daß die Grundlage unserer Thätigkeit ausschließlich die Arbeit sei, ist die schönste Schlußfolgerung, die jedoch gerade für Herrn Karpinski spricht. Wenn unsere Abgeordneten trotz des besten Willens und der größten Bemühungen in Berlin unserer Arbeit nichts nützen können, vielmehr unwillkürlich durch ihre Anwesenheit störend wirken, weil bei jedem Projekt die H.-R.-Liste daran erinnert werden, nur darauf zu achten, daß dem polnischen Element aus diesen Vorlagen ja kein Nutzen erwachse, wie dies sogar bei der Frage der Eindeichung der Warthe der Fall war, dann wird es doch besser sein, wenn sich einige tüchtige Personen frei und ohne Aufregung der erfolgreicherer häuslichen Arbeit widmen. Möge das Schicksal, so lange dies in dem göttlichen Willen liegt, der deutschen Macht, der Entwicklung der Armee und Marine günstig sein, wir haben kein Recht, wir wollen und können diese Entwicklung nicht hindern. Wenn es aber vom christlichen oder allzu idealem Standpunkte aus, wie wir ihn aus einer anderen, öffentlich abgegebenen Erklärung kennen, durchaus erforderlich ist, daß wir Böses mit Gutem vergelten, so haben wir auch nach dieser Richtung hin unsere Pflicht gethan, denn sowohl unsere Abgeordneten, als auch unsere Presse und der durch das Centrum vertretene gesunde Theil der deutschen Gesellschaft haben, mehr denn nöthig, gewarnt und warnen noch, daß die Untugenden des H.-R.-Tismus nicht der Förderung, sondern dem Rückgange dienen, daß das Unrecht sich früher oder später rächen werde. Wer auf diese Weise zur Macht kommen oder sie genießen will, der muß untergehen, ähnlich wie das heidnische Rom durch seine eigene Macht untergegangen ist, ähnlich wie, wir wollten uns selbst die Wahrheit sagen, wir selbst untergingen, als wir, wenn auch in anderer Weise, immerhin aber unsere eigene Kraft schlecht verwendeten. Setzt und so so lange das deutsche Volk an der hinfälligen Krankheit leidet, so lange es die Ausnahmegesetze nicht abschafft, so lange haben unsere Vertreter in Berlin nichts zu thun. Gegen Verwirrung und Wahnsinn läßt sich nicht ankämpfen. Doch nicht allein aus diesen Gründen müßten wir den Rathschlägen des Herrn Karpinski folgen. Die Nichtbetheiligung unserer Abgeordneten an den parlamentarischen Arbeiten wird die Bevölkerung von Leidenschaftlichkeit und Zersetzung bewahren. Denn welches ist die hauptsächlichste, wenn auch nicht die einzige Ursache hiervon? Die Diagnose

ist die erste Bedingung der Kur, also „sit venia verbo“: der Hauptfehler unserer Fraktion liegt in der mangelnden Fühlung der Abgeordneten mit den Wählern und in der Geringschätzung der Stimmen der Mehrheit des Volkes, unter dem Vorwande, daß dies Stimmen der Wähler, der Querköpfe u. dergl. seien. Daraus entsteht ein Mißtrauen der Wähler zur Fraktion; auch der bekannte Beschluß der Posener Wähler ist einem solchen Mißtrauen entsprungen. Die „Abstinenz“ unserer Abgeordneten erachte ich als den geeignetsten und deutlichsten Appell an den Thron. Wenn unsere Stimmen auf einem anderen Wege dorthin nicht gelangen, weil man ihnen nicht gestattet, dorthin zu gelangen, so müssen sie auf diese Weise gehört werden und keine chinesische Mauer kann dies hindern. Wenn sie aber auch auf diese Weise kein Gehör finden sollten, so haben wir wieder einen neuen Beweis dafür, daß wir in Berlin nichts zu suchen haben, finden sie dagegen Gehör, so werden wir wissen, daß wir das richtige Wort gesprochen haben. Wir werden aber dadurch das Zentrum schwächen! Wir haben es stets unterstützt und wurden oft unterstützt, sollen wir das Verhältniß zerstören? Sollen wir unsere Stimmen versagen in Fragen, die sowohl uns, als auch das Zentrum lebhaft interessieren? Sollen wir die Fahne verlassen, bei welcher es so tapfer gekämpft hat und mit solcher Ausdauer auf der Wacht steht? Zweifellos kann dies nur ein gewisses Bedauern hervorrufen, doch das Zentrum wird von uns so weitgehende Opfer nicht verlangen. Es ist selbst stark genug, um nicht erfolglos zu kämpfen und weiß, daß wir mehr Bollwerke in Schutz zu nehmen haben, als nur dasjenige, welches wir mit ihm gemeinschaftlich haben, es weiß, daß man uns den Kampf auf Tod und Leben erklärt hat und daß wir also nach anderen Mitteln suchen müssen und uns nicht um ein Bollwerk schaaren können, welches nach dem kürzlich davongetragenen Siege sich einer starken Besatzung erfreut. Schließlich bleibt nur noch die Frage, ob wir trotz unserer „Abstinenz“ eine möglichst große Anzahl von Abgeordneten wählen können? Meiner Ansicht nach ist die polnische Gesellschaft aufgeklärt genug, besitzt genug Selbstbewußtsein, um zu wissen und daran zu denken, daß unsere Abgeordneten jeden Augenblick in Berlin Beschäftigung haben können, daß die Wähler sie zur Erfüllung ihrer Pflicht auffordern können, daß es daher erforderlich und nothwendig ist, durch die Anzahl der Abgeordneten zu beweisen, daß wir nicht untergegangen sind. Die beste Antwort auf alle diese Befürchtungen werden wir selbst geben, wenn z. B. in den Vorwahlen die Wähler ihre Ansicht werden äußern können. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß dieses Schreiben keine leidenschaftliche, reizbare, subjektive Antwort, höchstens eine solche haben wird, die ebenfalls in gutem Willen geschrieben sein wird.“

Mielencin, den 20. Februar 1898.

Leo v. Gulewicz.

Aus Nr. 48 des Dziennik Poznański
vom 1. März 1898:

Betrifft das Fernbleiben der polnischen Abgeordneten von den parlamentarischen Sitzungen.

In dieser Angelegenheit erhalten wir aus Schlesien folgendes Schreiben: Die von Herrn A. Karpinski angeregte Sache, betreffend das Sichfernhalten der

polnischen Abgeordneten von den parlamentarischen Arbeiten in Berlin, veranlaßt auch mich, einen Oberschlesier, in dieser für unser Nationalleben so wichtigen Angelegenheit das Wort zu ergreifen. Abgesehen von der Kritik des zur Besprechung empfohlenen Vorschlages, will ich nur auf die Vortheile hinweisen, welche den breiten Massen unseres Volkes aus den in den Parlamentsitzungen gehaltenen Reden unserer Abgeordneten erwachsen. Es ist bekannt, daß das Strafgesetz verschiedene Vorschriften enthält, auf Grund deren eine Kritik von allerlei Staatseinrichtungen und Verordnungen der Obrigkeit unstatthaft ist. In den Augen unserer Gegner haben sie stets Recht, man darf sich nicht gegen sie wenden und sie bekämpfen. Ich will hier namentlich auf den § 131 des Strafgesetzbuches aufmerksam machen, welcher in den letzten Jahren mehreren unserer besten Bürger empfindlich mitgespielt hat und die Gesellschaft zur Zucht und Ordnung rief. Und doch brauchen wir die Kritik! das nationale Leben verlangt eine Kritik alles dessen, was uns mit dem Verderben droht. Namentlich den breiten Bevölkerungsschichten muß gezeigt werden, daß das Vorgehen gegen uns ein ungerechtes ist, anderenfalls das Volk sich mit der Ansicht vertraut machen würde, daß eine derartige Behandlung seitens der maßgebenden Kreise begründet sei. Es würde gleichgültig werden für Alles und seine nationale Sonderheit aufgeben. Das Ausscheiden aus dem Reichs- und Landtage würde den wichtigsten Faktor zur Entnationalisirung des polnischen Volkes bilden. Wo Schweigen herrscht, dort fehlt es auch an Widerstand und Leben. Uns sind aber Rührigkeit und Lebensmuth neben stiller Arbeit auf der heimathlichen Scholle nöthig. Wo können wir aber besser unsere Lebensfähigkeit zum Ausdruck bringen, als in den Sitzungen der Parlamente! Hier kann jeder Abgeordnete offen und ohne Furcht vor Geld- und Gefängnißstrafen, gestützt auf § 11 des Strafgesetzbuchs und Artikel 30 der Reichsverfassung, das Unlogische der gegen die Polen zur Anwendung gebrachten Gesetzgebung zur Sprache bringen. Wenn er auch an maßgebender Stelle keinen Erfolg erzielt, so leistet er doch dem Lande einen unschätzbaren Dienst. Die Presse wird dann nämlich auf Grund des § 12 des Strafgesetzbuchs und des Artikels 22 der Reichsverfassung die in den Parlamenten gehaltenen Reden abdrucken und dadurch das Volk über die ihm zu Theil gewordene ungerechte Behandlung belehren, und in ihm das Gefühl der Gleichberechtigung, sowie gleichzeitig des ihm zugefügten Unrechts wachrufen. Mögen daher recht viele Abgeordnete sich an den Sitzungen der Parlamente theiligen und das ungerechte Verhalten uns, den Bürgern zweiter Klasse gegenüber hervorheben und auch fernerhin, jedoch mit mehr Eifer, unter den breiten Bevölkerungsschichten das Gefühl des uns zugefügten Unrechts nähren.

Aus Nr. 43 des Dziennik Berliński
vom 23. Februar 1898:

Gegenüber der Behauptung des Dziennik Poznański, welcher dem Abgeordneten Kubicki wiederholt vorgeworfen hatte, derselbe habe in Sachen des via Posen an die polnische Fraktion gerichteten Caprivischen Briefes eine Indiskretion begangen, erfahren wir, daß unsre in dieser Angelegenheit ursprünglich eingezogenen Informationen durchaus richtig gewesen sind, und daß man dem Abgeordneten Kubicki nicht den Vorwurf machen kann, die Pflicht der Geheimhaltung verletzt zu haben. Die Sache verhielt sich mit jenem Briefe nicht so, wie dies in einigen Blättern geschildert worden ist. In die Fraktionsitzung ist kein aus Posen speziell übersandter Brief des Kanzlers

gelangt, und es hat über keinen Brief eine Diskussion stattgefunden, noch hat eine solche stattfinden können, da er nicht Berathungsgegenstand gewesen ist. Weder in den Berathungsprotokollen, noch im Laufe der in der Sitzung stattgefundenen Berathungen der Fraktion selbst ist von einem solchen Briefe die Rede gewesen. Aus diesem einfachen Grunde hat also der Abgeordnete Kubicki mit den Sitzungen der Fraktion nicht in Kollision gerathen können. Es sind nämlich noch bis heutigen Tags Abgeordnete da, die in allen jenen Fraktionsitzungen zugegen waren, den erwähnten Brief jedoch nicht gesehen haben. Es ist dies also ein nichtamtliches Dokument gewesen und hat die Fraktion als solche nicht betroffen, sondern war an eine der Fraktion nahestehende Person gerichtet. Klar ist es auch, daß unter solchen Verhältnissen nicht die Paragraphen der Fraktionsatzungen, sondern das persönliche Urtheil und Empfinden jedes Einzelnen darüber entscheiden, ob über eine derartige Thatsache gesprochen werden darf, oder nicht. Dem Abgeordneten Kubicki hat sein Empfinden gestattet, zu sprechen, — und so sprach er denn.

Aus Nr. 45 des Oꝛedownik
vom 28. Februar 1898:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Schroda, 22. Februar.

Mit Bezug auf den der geehrten Redaktion des Oꝛedownik seitens des Dziennik Berlinski gemachten Vorwurf, betreffend die Prophezeiung über die Reichstagskandidatur des Herrn Cegielski für den Kreis Schroda, theile ich — nicht mehr als Prophezeiung, sondern als Thatsache — Folgendes mit:

Heut, Dienstag, den 22. Februar, kam der Vorsitzende des Schrodaer Kreiswahlkomitees, Herr von Braune-Zielniski, zu dem Delegirten Herrn Rowalewski in Schroda und that demselben kund, Herr Cegielski, der jetzige Abgeordnete für Posen und Umgegend, der auf dieses Mandat Verzicht geleistet hat, habe sich brieflich als Kandidat für den Reichstagswahlkreis Schroda-Schrimm gemeldet.

Herr von Braune wandte sich mit der Bitte an den Delegirten, in dessen Kreisen für die Kandidatur des Herrn Cegielski, Propaganda zu machen. Herr von Braune sagte weiter, Herr Cegielski, der als Abgeordneter 14 Jahre hindurch in der Fraktion eine ehrenvolle Thätigkeit entfaltet habe, verdiene soviel Vertrauen, daß man seine Kandidatur eifrig unterstütze.

Der Delegirte für den Kreis Schroda wies die Forderung des Herrn von Braune auf der Stelle zurück und entgegnete, er zweifle daran, daß der Kreis Schroda die Kandidatur des Herrn Cegielski annehmen werde. Obige Thatsache bringe ich zur öffentlichen Kenntniß und erkläre, daß ich wahrscheinlich die allgemein im Kreise Schroda herrschende Ueberzeugung zum Ausdruck bringe, wenn ich sage, daß wir die Kandidatur des Herrn Cegielski im Kreise Schroda nicht unterstützen, sondern dieselbe gleich derjenigen aller derartigen Versöhnungsparteiler, kräftig widerstrebend, bekämpfen werden.

Aus Nr. 48 des Oꝛedownik
vom 1. März 1898:

Betrifft die Kandidatur Cegielski für Schrimm-Schroda.

Der Dziennik Poznański thut Alles, was er kann, um die neue Kandidatur des Abgeordneten Cegielski für den oder jenen Reichstags-Wahlkreis auszudrücken. Deshalb hat die uns aus Schroda zugegangene Mittheilung, Herr v. Braune-Zielniski arbeite als Vorsitzender des Kreiswahlkomitees bereits zu Gunsten dieser Kandidatur, finde bisher jedoch wenig Unterstützung, das Blatt bestig erregt. Der Dziennik Poznański verfährt jedoch bei der Begünstigung der Kandidatur des Herrn Cegielski insofern unklug, als er die Sache auf das rein-private und persönliche Gebiet hinüberspielt und nur im Oꝛedownik einen unerbittlichen Gegner dieser Kandidatur erblickt. Der Dziennik bedauert, daß nicht Alle „die Beweggründe zu würdigen verstehen, die das redliche Herz des Herrn Cegielski veranlaßt haben, auf die Kandidatur im Wahlkreise Posen Verzicht zu leisten.“ Das Blatt wiederholt, daß jeder „ehrliche“ Gegner „den guten Willen“ des Herrn Cegielski anerkennen werde.

Den Chefredakteur des Dziennik Poznański, Dr. Lebinski, müssen wir darauf aufmerksam machen, sich in der Diskussion davor in Acht zu nehmen, seine Nase in die Taschen und die Ehrlichkeit seiner politischen Gegner zu stecken. Dr. Lebinski, der früher nur Kassendienste verrichtet hat, kann nur dann über die Ehrlichkeit und Unehrlichkeit seiner Gegner schreiben, wenn von seinen Kollegen, mit denen er zugleich an nationalen Kassen gegessen hat, die Rede ist. Wenn er von solchen Kollegen nicht schreibt, dann möge er sich vor Ausdrücken obiger Art in Acht nehmen und zwar — mit Rücksicht auf die künftigen Wahlen. Unter den Abgeordneten fehlt es nicht an solchen, die durch des Volkes Gnade im Jahre mindestens 3000 Mark Diäten erhalten, welche ihre Haupteinnahme bilden. Wenn der Dziennik Poznański in dieser Weise mit der „Ehrlichkeit“ parodiren wird, dann wird ihn das polnische Volk darüber belehren, daß es mit seinen Stimmen denjenigen der Freunde des Blattes nicht behilflich sein wird, für welche das Abgeordneteamandat zum Theil auch den Erwerb und die Haupterwerbsquelle ihres Unterhalts ist. Bisher hat noch keiner der Gegner des Dziennik an einem Mandat etwas verdient, obgleich der Dziennik sich vor Kurzem herausgenommen hat, derartige Vorwürfe zu erheben. Auf seiner Seite giebt es solche Leute, für welche das Mandat eine Erwerbsquelle bildet. Wenn dem Blatte also dies Geld lieb ist, dann möge es wenigstens bescheiden sein, wie es ihm zukommt, und möge es sich mit seinen Worten in Acht nehmen.

In unkluger Form begünstigt der Dziennik Poznański die Kandidatur des Herrn Cegielski auch insofern, als das Blatt den Oꝛedownik als den einzigen und ausschließlichen Gegner dieser Kandidatur hinstellt. Mit derartigen falschen Darstellungen des Sachverhalts leistet es jener Kandidatur keine Hilfe. Die Reihen der Gegner der Kandidatur des Herrn Cegielski, eines der feurigsten Sachwalter nicht allein der Hospartei, sondern auch derjenigen Anschauungen und Sitten, unter denen diese Politik überhaupt aufkeimen konnte, reichen über den Leserkreis, ja überhaupt über die Kreise, in welchen unser Blatt Einfluß besitzt, hinaus und rekrutiren sich heut sogar aus den Kreisen der ständigen Leser des Dziennik Poznański. Die Kandidatur des Herrn Cegielski stößt auch auf kräftige Opposition nicht allein im Wahlkreise Posen,

sondern auch im Wahlkreise Schroda-Schrimm, und zwar in den heut bereits zahlreichen Kreisen, die keinem Versöhnungsparteiler mit solcher Vergangenheit ihre Stimme geben werden.

Wir verstehen nicht, was der Dziennik Poznański für seine politischen Freunde gewinnen will, indem er lediglich den Drendownik als deren Gegner vorschreibt. Heut muß der Dziennik doch schon hinreichend darüber unterrichtet sein, daß im Wahlkreise Breschen-Sarotschin-Pleschen ebenfalls eine Gegnerschaft gegen die Wahl des Abgeordneten Dr. v. Dziembowski in der Bildung begriffen ist. Die Volksbewegung im Sarotschinschen denkt schon seit zwei Jahren hierüber nach und wird für diesen Kandidaten nicht eintreten. Im Kreise Pleschen, wo eine Volksbewegung gar nicht vorhanden ist, sehen andere Bürgerkreise sich nach einem anderen Kandidaten um. Diese Opposition ist eine allgemeine und reicht über die politischen Grenzpfähle des Drendownik hinaus.

Aus Nr. 48 des Oredownik
vom 1. März 1898:

Herr von Braunek-Zielnik,

der Vorsitzende des Schrodaer Kreismahlkomitees, ersucht den Drendownik um Aufnahme einer Berichtigung folgenden Inhalts: Er, B. habe sich im Sinne der ihm übertragenen Obliegenheiten im Einvernehmen mit den übrigen Komiteemitgliedern bemüht, drei Kandidaten ausfindig zu machen. Demgemäß habe er dem Delegierten für Schroda, Rowalewski, die Mittheilung gemacht, daß Herr Cegielski das Mandat von Schrimm-Schroda annehmen würde. Rowalewski sei von ihm nicht gebeten worden, diese Kandidatur zu unterstützen; ebenso sei es unwahr, daß Rowalewski seine, B.'s Forderung sofort zurückgewiesen habe, um den Wählern die Entscheidung zu überlassen. Das Schrodaer Komitee arbeite in Eintracht zum Wohle der Gesamtheit und dulde keine nationale Entzweiung; darum verbitte es sich Zeitungsauslassungen, die den Zweck verfolgten, die bedrückte polnische Gesamtheit zu entzweiten. Unterzeichnet ist das Schreiben von Herrn von Braunek und dem Delegierten Rowalewski.

Der Drendownik erwidert darauf, Herr von Braunek werde nicht bestreiten, zu dem Delegierten Rowalewski gesagt zu haben: „Einen so edelgebornen Abgeordneten wie Herr Cegielski, der diese Stellung vierzehn Jahre lang bekleidet hat, müßtet ihr unterstützen. Ihr schreit immer daß Ihr einen der Euren haben wollt. Dieser Herr ist ja ein solcher, da er sowohl Gewerbetreibender als Kaufmann ist. Ihn müßtet Ihr also wählen!“ Schließlich behauptet der Drendownik, zwei Schrodaer Bürger seien seiner Zeit persönlich in der Redaktion erschienen und hätten sämtliche Einzelheiten des damals vom Drendownik noch nicht veröffentlichten Berichtes des Schrodaer Korrespondenten bestätigt. Wozu solle man sich übrigens die so einfache Sache derartig erschweren!? Herr von Braunek werde für die Kandidatur Cegielski agitiren und habe ein Recht hierzu. Er solle sich aber mit dem Gedanken vertraut machen, daß eine ganze Anzahl Bürger gegen diese Kandidatur agitiren werde. Auch auf den Kreis Schrimm werde diese Gegenagitation ausgedehnt werden.

Aus Nr. 50 des Postep
vom 3. März 1898:

Der Dziennik Poznański tritt in einem besonderen Leitartikel für Herrn Cegielski ein und verlangt durchaus, man solle den Abgeordneten im Posener Wahlkreise wählen. Das Blatt redet dem Herrn Cegielski zu, seinen Verzicht auf die Kandidatur zu widerrufen und sichert ihm für diesen Fall zu, daß er mit Bestimmtheit zum Abgeordneten für Posen gewählt werden werde. Dabei drängt der Dziennik Poznański die Volksbewegung ausdrücklich zur Sezession bei den künftigen Wahlen. Möge der Dziennik Poznański nicht so mit dem Feuer der Sezession spielen, denn wenn die hinter ihm stehenden Leute ebensolche Hitzköpfe wären, wie er, so könnte es nicht nur im Posener Kreise, sondern auch in anderen Kreisen leicht zur Sezession kommen, denn heut lassen sich die selbstbewußten Wähler ihnen unliebsame oder unbekannte Kandidaten nicht aufdrängen, heut wollen die Wähler selbst darüber entscheiden, und keinerlei Schreibung solcher Blätter, wie der Dziennik, richtet etwas aus, es kann dadurch vielmehr nur Del ins Feuer gegossen werden. Die Allmacht des Dziennik Poznański ist, Gott sei Dank, für immer dahin, und um so geringeren Einfluß besitzt der Dziennik unter der Leitung der heutigen Chefredaktion, welche so unpopulär ist, wie wohl kaum eine andere Redaktion einer Zeitung. Bei dieser Gelegenheit sagen wir dem Dziennik Poznański, möge er gar nicht danach trachten, den Herrn Cegielski als Reichstagsabgeordneten durchzudrücken, und möge er am allerwenigsten mit solcher Gewißheit behaupten, daß dieser im Posener Kreise als Sieger hervorgehen würde. Man sieht, daß der Redakteur des Dziennik Poznański von der Stimmung der Wähler nicht die geringste Vorstellung besitzt. Wir können ihm mit derselben Gewißheit, mit welcher der Dziennik behauptete, daß Herr Cegielski durchkommen würde, wenn er nur ein Mandat annehmen wollte, und er als Kandidat aufgestellt werden sollte, feierlichst erklären, daß Herr Cegielski gänzlich durchfallen würde.

Jede andere Kandidatur, vielleicht sogar die des Chefredakteurs des Dziennik würde populärer sein, als diejenige des Herrn Cegielski. Warum tritt der Dziennik Poznański daher mit solcher Aufdringlichkeit für seinen Herrn ein? Die Volksbewegung kann über ein solches Geschwätz des Dziennik Poznański nur mit den Achseln zucken; es sind dies die Anstrengungen eines einst mächtigen, heut aber an die Wand gedrückten Potentaten.

Nebenbei fügen wir hinzu, daß der Wielkopolanin, der derzeitige Vetter des Dziennik, ihm in allem sekundirt und sich dabei noch ein Volksblatt zu nennen wagt.

Aus Nr. 44 des Goniec Wielkopolski
vom 24. Februar 1898:

Halbjahrhundertjähriger Jahrestag.

Schrimm, den 22. Februar.

Gehrter Goniec!

Da Jemand zuerst in dem Goniec für die Einfriedigung der im Jahre 1848 in dem Gefecht bei Kions Gefallenen das Wort ergriff, so erlaube ich mir heute noch zu bemerken, daß es nicht nur nach dem Allgemeinen Landrecht, sondern auch nach den bestehenden polizeilichen Vorschriften u. s. w. in dem preussischen Verfassungsstaate geboten ist, daß eine Stelle, auf welcher menschliche Gebeine ruhen, in Ehren gehalten und entsprechend umfriedigt werde. Die in den Gräbern bei Kions niedergelegten Gebeine sind keine Thierkadaver, die vernachlässigt auf dem Felde ruhen sollen, denn das widerspricht der

christlichen Religion, den Landesgesetzen, den kirchlichen und polizeilichen Vorschriften.

Möge sich daher in der Pfarodie Kions ein Komitee bilden und die Einfriedigung, deren Kosten durch Beiträge gedeckt werden sollen, gewissenhaft in die Hand nehmen und zwar mit Wissen der Polizeibehörden, frei und offen, denn eines schönen Tages, wenn unsere geistliche Behörde in Posen es wollte, könnte die Polizei-Verwaltung die Kions'er Pfarodie zur Ausführung der bestehenden Vorschriften buchstäblich zwingen. Meine Worte stütze ich nicht auf irgend eine Agitation oder Demonstration, sondern auf Toleranz und allgemeine Menschlichkeit.

Eigenthümer des Grundes und Bodens, auf welchem die Gräber sich befinden, ist Herr Kennemann. Er ist zwar ein Förderer des Deutschthums, doch er ist sehr einsichtsvoll, ein hochbetagter, am Rande des Grabes stehender Mann, der gegen die Einfriedigung nichts einzuwenden haben und an ein Verbot garnicht denken wird.

Aus Nr. 46 des Lech
vom 26. Februar 1898:

Die Ausweisung

ausländischer Arbeiter seitens der preussischen Polizeibehörden konnte im Auslande nicht ohne Folgen bleiben. Aus Broniewo in Oesterreich-Schlesien wird berichtet, daß der dortige christlich-soziale Bund sich an die Abgeordneten mit der Bitte gewendet habe, von der Regierung die Ausweisung preussischer Arbeiter aus Oesterreich-Schlesien zu verlangen, da die preussische Regierung österreichischen Arbeitern gegenüber ebenso verfare. Daran antwortet der „Głos ludu slonskiego“, daß man die Ausweisung der preussischen Arbeiter nicht fordern solle, denn dieselben wären zum größten Theil Polen. Mit mehr Recht dagegen müßte verlangt werden, daß alle diejenigen Beamten, die nicht österreichische Unterthanen seien, des Landes verwiesen würden. Die preussische Regierung verfuhr früher und verfare fortwährend noch in dieser Weise mit den österreichischen Unterthanen.

Aus Nr. 48 des Kuryer Poznański
vom 2. März 1898:

Die Posener Zeitung zieht daraus, daß der bisherige Vikar Boleslaus Walich in Wollstein die Propstei Gora bei Jarotschin erhalten hat, den ganz falschen Schluß, als sei diese Versetzung aus Anlaß des Prozesses erfolgt, der gegen Pfarrer Walich und den Grafen Mycielski wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angestrengt worden ist. Die Posener Zeitung selbst bemerkt gleichzeitig, daß das Gericht die Schuldlosigkeit dieser Herren habe zugeben müssen. Wir fragen uns daher, worin man den Grund jener Versetzung erblickt, und — hierüber persönlich unterrichtet — wünschen wir dem jungen, eifrigen Priester dazu Glück, daß er so frühzeitig eine Propstei erhalten hat, — ein Beweis des Vertrauens, dessen er sich bei seiner geistlichen Behörde erfreut.

Aus Nr. 45 des Oredownik
vom 25. Februar 1898:

Wie man dem polnischen Sprachunterricht in Posen nachspürt.

Auf die von uns dem Goniec entnommene Mittheilung hin, daß nämlich eine gewisse Dame auf die Frage der Polizei, ob sie polnische Kinder privatim im polnischen Lesen und Schreiben unterrichte, gesagt habe, sie werde dann erst Bescheid geben, wenn sie amtlich schriftlich dazu aufgefordert werde, erhalten wir aus der Stadt folgende Benachrichtigung.

In der Volksschule auf der Gr. Gerberstraße haben die Lehrerinnen polnische Schülerinnen ausgefragt, ob dieselben irgend welche polnische Sprachstunden erhalten und wer dieselben ertheile. Selbst kleinere Mädchen wurden befragt, ob sie schon wüßten, daß sie ebenfalls zum polnischen Schreib- und Leseunterricht gehen würden.

In der Schule am Sapiehaplatz fragte ein gewisser Lehrer die Knaben sogar nach den Namen derjenigen Personen, die sie polnisch lesen und schreiben lehrten. Er fragte ferner, ob man sie strafe und ausschimpfe, ob die Eltern für den Unterricht etwas bezahlten u. s. w.

Unserer Ansicht nach sind die Kinder überhaupt nicht verpflichtet, in der Schule auf solche Fragen zu antworten; mögen sie gar keine Antwort geben! Sollten in Posen irgend welche unerlaubte, private Zähl- oder Freischulen bestehen, dann möge sie die Polizei selbst ausfindig machen; die Lehrer und Lehrerinnen sind nicht dazu da, die Polizei darin zu vertreten.

Unseren Lesern in Posen geben wir folgenden Rath: Es giebt überhaupt kein Gesetz, das irgend welchen Unterricht verböte, sondern es giebt nur gesetzliche Vorschriften betreffend die Leitung, gegebenenfalls also auch betreffend das Schließen von Privatschulen. Unterricht und Privatschulen sind zwei verschiedene Dinge. Jedem steht also frei, zu lernen, was er überhaupt will, springen, wie ein Clown im Zirkus, hebräisch, französisch tanzen, also auch polnisch lesen und schreiben. Nur darf er das nicht in einer Privatschule thun, für welche die Regierung keine Genehmigung erteilt hat, selbst wenn in dieser Schule unentgeltlich unterrichtet würde.

Das Unterrichten, das erlaubt ist, muß also so eingerichtet werden, daß es nicht nach einer Privatschule aussieht. Es dürfen also keine Bänke im Zimmer sein, noch darf man für den Unterricht Geld annehmen, noch dürfen 20 oder 10 Kinder gemeinschaftlich unterrichtet werden. Wieviele sind nun erlaubt? Da liegt der Hund begraben! Etwas ist erlaubt! Wenn es nicht gestattet ist 100 Kinder gleichzeitig zu unterrichten, so ist es bei fünfzehn erlaubt, wenn nicht bei fünfzehn, so bei vieren; denn die Polizei kann Niemandem verbieten, sich im Einverständnis mit den Eltern damit die Zeit zu vertreiben, daß man Kinder im polnischen Schreiben und Lesen unterrichtet. Lehrt und kontrollirt doch manche Mutter ihre eigenen Kinder daheim! Auf diese Weise müßte das auch verboten werden. Unentgeltlicher Privatunterricht wird in verschiedenen Formen in ausgedehntem Maße unter Deutschen und Juden betrieben; weshalb sollten sich die Polen nicht auf diese Weise helfen?

Wenn die Polizei sogar bei vier Kindern Geldstrafe androhen sollte, dann wäre es gut, wenn sich Jemand fände, der die Sache dem Gericht zur Entscheidung unterbreitet. Unentgeltliches, privates

Unterrichten von vier Kindern, das besagt soviel, als ein unentgeltliches Privatvergnügen, und ein solches Vergnügen kann nicht straffällig sein.

Aus Nr. 46 des Dziennik Kujawski
vom 26. Februar 1898:

Die katartistischen Denunzianten spüren jetzt sogar schon in dem Inseratentheil der polnischen Zeitungen nach, ob sie nicht etwas finden, was nach Staatsverrath und Gefahr für das große „Waterland“ riecht. So veröffentlicht das Bromberger Tageblatt in der gestrigen Nummer unter der Rubrik „Tagesneuigkeiten“ in wörtlicher Uebersetzung die Annonce einer gewissen polnischen Firma, welche in unserm Dziennik Broschen und Ohrringe mit Adlern und Wappen und mit der Aufschrift „Boże zbaw Polskę“ (Gott erlöse Polen) anpreist. Was das Blatt Böses in dieser Anpreisung findet, das thut es jedoch leider nicht kund, es beschränkt sich vielmehr einzig auf die wörtliche Uebersetzung. Es ist nur schade, daß es hierbei nicht die anpreisende Firma bekannt macht, mancher Deutsche würde sich vielleicht einen so gefährlichen Adler mit der so drohenden Aufschrift gekauft haben. Wir können der Redaktion des Bromberger Tageblatts versichern, daß dies sehr hübsche, einer solchen Reklame würdige Schmuckgegenstände sind.

Schon nach der Niederschrift obengenannter Mittheilung haben wir andere interessante Einzelheiten in dieser Angelegenheit erfahren. Es handelt sich um das Inserat der bekannten Uhr- und Goldwaaren-Firma M. Dutkiewicz in Inowrazlaw. Herr Dutkiewicz hat heute früh von der Polizei ein von Herrn Dr. Kollath unterzeichnetes Schreiben erhalten, in welchem die Polizei ihm auf Grund des § 10, Theil II, Titel 17, des Allgemeinen Landrechts, in Verbindung mit § 132 des Landesverwaltungsgesetzes den weiteren Verkauf, sowie die weitere Anpreisung und Ausstellung der erwähnten Schmuckgegenstände bei einer Strafe von 60 Mark verbietet. Das Schreiben der Polizei war mit einem roth unterstrichenen Vermerk „Sofort!“ versehen, was bedeutet, daß es dem Herrn D. unverzüglich ausgehändigt werden sollte.

Es ist in der That ein interessanter Fall, daß die Inowrazlawer Polizei ein solches Verbot unmittelbar nach dem Auftauchen oben erwähnter Denunziation im Bromberger Tageblatt erlassen hat. Diese Denunziation hatte also, wie wir sehen, einen fürwahr blitzartigen Erfolg!!!

Es scheint uns indessen, daß die Polizei sich bei Herausgabe dieses Verbots zu sehr übereilt hat. Denn, soviel wir uns erinnern, existirt bereits ein rechtskräftiges Urtheil, welches, wenn wir nicht irren, in einem ähnlichen Prozeß des Herrn Bialas in Posen ergangen ist, das den Verkauf und die Anpreisung von Schmuckgegenständen dieser Art nicht verwehrt. Wir erfahren ferner, daß auch Herr D. gegen dieses Polizeiverbot gerichtlichen Widerspruch erheben will.

Das beste aber dabei ist, daß solche Adler und Schmuckgegenstände mit derselben Aufschrift bisher auch deutsche Inowrazlawer Uhrmacher und Goldwaarenhändler, (sogar Herr Bischoff!) verkauft haben und zwar gewiß in der Ueberzeugung, daß diese Schmuckgegenstände kein „großpolnisches Agitationsmittel“ sind. Wir sind also neugierig, ob auch die Polizei diese Herren mit einem Verbot dieser Art beglückt hat.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 23 der Gazeta Grudziązka
vom 24. Februar 1898:

... Es ist wunderbar, daß unsere Feinde nur immer mit allem auf die Regierung rechnen. Augenscheinlich glauben sie in ihrer heidnischen Verblendung, die Regierung müsse Wunder wirken und die Macht derselben komme sogar der Macht Gottes gleich; man erwartet gerade von dieser Macht, daß sie im Stande sein werde, die Polen zu Deutschen zu machen. Was uns anbetrifft, so lassen wir ihnen gern die Hilfe der Regierung, wir selbst aber wählen uns Gott und die unbefleckte Mutter Gottes von Czestochau zu Bundesgenossen.

Jedoch beten müssen wir mehr als bisher, um diese Hilfe zu gewinnen. Daher, Brüder, höret nicht auf, Gott um diese anzuflehen. Füget jedem Gebet folgende an die Mutter Gottes gerichtete Bitte hinzu: „Heiligste Jungfrau Maria, Königin der Krone Polens, unsere Mutter, bete für uns, tritt für Polen ein!“

Das Gebet wird uns bei ausdauernder, eigener Arbeit in der Vertheidigung unserer heiligsten Schätze, die ersehnte Hilfe auswirken, und mit Hilfe solcher Bundesgenossen können wir allen Nachstellungen und Versuchungen unserer Feinde Hohn sprechen.

Aus Nr. 44 der Gazeta Toruńska
vom 24. Februar 1898:

Parlamentarische Abstinenz.

Vor einigen Tagen haben wir den offenen Brief des Herrn Rechtsanwalts Karpinski aus Gnesen bekannt gegeben, worin die Wahl einer möglichst großen Zahl von Abgeordneten mit der Maßgabe empfohlen wurde, daß die Gewählten sich an den parlamentarischen Arbeiten nicht betheiligen sollten. Dieser Vorschlag wurde von den Blättern, die ihre Ansicht darüber aussprachen, nicht allzu beifällig aufgenommen. Was uns betrifft, so haben wir hervorgehoben, daß wir uns darum nicht mit dem Gedanken des Herrn Karpinski einverstanden erklären, weil derselbe uns nicht weit genug geht. Eine halbe Abstinenz, d. h. das Wählen von Abgeordneten mit dem Auftrage, die Ausübung der Pflichten des Mandats zu unterlassen, würde ohne Zweifel auf ein vollständiges Misslingen hinauslaufen, da die Wähler wahrscheinlich die verschiedenen Opfer und Mühen nicht lediglich zu dem Zwecke werden auf sich nehmen wollen, um einen der Ihren gewählt zu sehen, sobald ihnen nicht die Gewißheit geboten wird, daß ihr Erwählter in Berlin für sie eintreten werde. Die Folge hiervon wäre, daß wir ein Mandat nach dem andern verlore, was demoralisirend wirken würde. Sollen wir möglichst viel Abgeordnete wählen, denn gebietet der politische Verstand, bei den Wahlen überall die oppositionellen Kandidaten zu unterstützen, um im Landtage die aus Konservativen und Nationalliberalen bestehende Mehrheit zu beseitigen und im Reichstage die die Volksrechte vertheidigende Mehrheit zu stärken. Dabei dürfen unsre Abgeordneten sich entschieden nicht das Lustchen anwandeln lassen, als eine regierungsfähige, das Centrum und die Freisinnigen an Loyalität übertreffende Partei zu gelten. Die bisher beobachtete Taktik sichert einzelnen Abgeordneten Einladungen an den Hof und zu den Ministern, der Gesamtheit aber bringt sie keinen Nutzen, vielmehr Schaden, da

diese Taktik Wasser auf die Mühle verschiedener Streber ist, die daheim das Volk verleiten, Sedan mitzufeiern, es in deutsche Jubelfeierlichkeiten mit hineinziehen und jedes freiere polnische Wort unterdrücken.

Zu diesem Zwecke mühen sich die Wähler nicht ab; hierfür sind die Opfer an Zeit und Geld zu schade, welche unser polnische Arbeiter, Gewerbetreibende, Arzt oder Beamte im Interesse der polnischen Kandidaten bringt; dafür lohnt es sich nicht, die Aufmerksamkeit der Gesamtheit von Literatur, Wissenschaft und Kunst, von den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben abzulenken und das Volk unter Beiseitesetzung edlerer und nährhafterer Kost mit Politik zu füttern. Wenn wir alle diese Opfer ferner zu dem Zwecke bringen sollen, um möglichst viel Abgeordnete zu wählen, dann mögen uns unsere Abgeordnete die Versicherung geben, daß unsere Opfer nicht vergebliche sein werden. Zwanzig polnische Stimmen reichen ersichtlich nicht dazu hin, die antipolnischen Gesetze zu beseitigen, aber sie stellen eine mehr als ausreichende Kraft dar, um ein Tirailleur-gesetz zu führen. Weshalb sollen die polnischen Zeitungen des Treibens verschiedener Schulinspektoren halber Tausende von Mark an Strafen und Kosten bezahlen, weshalb sollen selbst Buchdruckerlehrlinge ins Gefängnis wandern, während wir Verteidiger haben, welche durch die Unantastbarkeit der Volksvertreter gedeckt sind?

Ihre Sache ist es, die Pflicht, jeden Uebergriß der Bureaukratie zu rügen, den Redakteuren abzunehmen, sofort zu rügen, sei es bei den Stats-Debatten oder durch Einbringung einer Interpellation. Derjenige Abgeordnete, der da meint, es entspreche seinem Ansehen nicht, sich mit Kleinigkeiten zu befassen, möge zu Hause bleiben und einem Manne Platz machen, der bereit ist, den rücksichtslosen Kampf gegen die Bureaukratie aufzunehmen. Die Vortheile dieses Kampfes werden ohne Zweifel größer sein, als diejenigen, welche uns das bisherige Turnier auf hohem Pferde eingebracht hat, sie bieten jedoch kein Aequivalent für die Opfer, die wir der Wahl wegen bringen. Darum sind wir der Ansicht, daß wir an den künftigen Wahlen auch theilnehmen sollen, damit die bisher dafür getroffenen Vorbereitungen nicht vergebliche seien, im Laufe der künftigen Legislaturperiode aber gilt es, die Gesamtheit für die Abstinenz vorzubereiten, nicht für eine derartige, wie sie Herr Rechtsanwalt Karpinski empfiehlt, sondern für eine weitergehende. Wie die katholischen Italiener im Sinne des Loosungswortes „ni elettori, ni eletti“, weder wählen, noch ein Mandat annehmen, so müßte auch bei uns der forcirte Wahlkampf unterbleiben und völlige Abstimmung proklamirt werden, in solchen Wahlkreisen wenigstens, wo wir durchfallen oder nur mit außergewöhnlicher Kraftanstrengung dadurch siegen, daß wir alle abhängigen Wähler entweder materiellen Verlusten oder einem Kampf mit dem eigenen Gewissen aussetzen. Da, wo wir ohne allzugroßes Kraftaufgebot auch dann siegen können, wenn wir die abhängigen Leute ausdrücklich von der Wahlpflicht dispensiren, wollen wir Kandidaten aufstellen, die freie Zeit, einen offenen Kopf und Rednergabe besitzen, und diese können, nicht gehemmt durch verschiedene in parlamentarischer Beziehung minderwerthige Elemente, mehr ausrichten, als unsere heutige Volksvertretung.

Die gutgesinnten Männer aber, die auf dem Schachbrett des Parlaments aus verschiedenen Gründen nur Bauern sind, können gewiß der Nation daheim gute Dienste leisten, indem sie in den Volksvereinen arbeiten, sich an die Spitze finanzieller Unternehmungen stellen oder auch ihre freie Zeit der heut bei uns fast vollständig vernachlässigten literarischen und wissenschaftlichen Thätigkeit widmen.

Aus Nr. 24 der Gazeta Grudziadzka
vom 26. Februar 1898:

Schweß.

Am vorigen Dienstag ging das Dienstmädchen des Herrn v. Rozyccki mit einem Telegramm auf die Post. Natürlich war das Telegramm polnisch abgefaßt. Der Postbeamte, ein Katholik mit polnischem Namen, warf das ihm überreichte polnische Telegramm mit folgenden Worten zurück: „In dieser todtrigen Sprache nehme ich kein Telegramm an. Laß der Herr deutsch schreiben!“ Natürlich ging das Telegramm nicht ab. Herr v. Rozyccki begab sich sofort in das Bureau und forderte das Beschwerdebuch. Man antwortete ihm, es gebe ein solches nicht. Nun richtete Herr v. Rozyccki sogleich eine Beschwerde an die Oberpostdirektion in Danzig. Es wird immer besser.

Aus Nr. 23 der Gazeta Grudziadzka
vom 24. Februar 1898:

Aus dem Schweßer Kreise.

Herr Dr. Hoppe hat Bukowiz verlassen und sein Haus, sowie einige Morgen Land dem Dr. Worster, einem Deutschen und Protestanten verkauft, sodaß das ehemals polnische Bukowiz, der Sitz der Czapski's heut nur noch einen einzigen polnischen Besitzer und zwar den dortigen Gastwirth hat. Aber auch dieser wird sich gewiß dort nicht erhalten, denn die Polenfreßer werden sicherlich alles daran setzen, ihn von dort herauszubeißen.

Warum Dr. Hoppe aus Bukowiz verzogen ist, obgleich er dortselbst einige tausend Thaler Jahreseinkommen hatte, ist für uns wirklich ein Räthsel. Es giebt Leute, welche sagen, er sei deshalb fort, weil es ihm zuwider geworden sei, in stetem Kampfe zu liegen. Wenn dem wirklich so ist, so haben wir an der Person des Dr. Hoppe nichts verloren, und es ist uns um seine Person gar nicht leid, aber wir bedauern Herrn Dr. Hoppe, weil er mit leichtem Herzen ohne wichtige Gründe ein gutes Stück Brot einem — Deutschen überlassen hat. Wenn Dr. Hoppe Bukowiz verlassen wollte, so hatte er die heilige Pflicht, sich um jeden Preis darum zu bekümmern, daß seine Stelle wiederum ein Pole erhielt. Falls ein polnischer Arzt dem Dr. Hoppe beim Kauf von dessen Besitz eine so bedeutende Anzahlung nicht geben konnte, wie sie vielleicht der Deutsche gegeben hat, so gehörte es sich, daß Dr. Hoppe sich mit einer geringen Anzahlung begnügte und einem Polen den Kauf ermöglichte. Keinesfalls aber hätte Dr. Hoppe seine Praxis einem Deutschen abtreten — verkaufen dürfen, die Bekanntmachungen in den Zeitungen beweisen aber, daß dies geschehen ist. Dies wird der Schweßer Kreis dem Dr. Hoppe nicht so leicht vergessen.

Ein polnischer Arzt ist in Bukowiz durchaus nothwendig, da die Umgegend überwiegend polnisch ist; es wäre deshalb erwünscht, daß sich ein solcher möglichst bald dort niederließe; er kann auf warme Unterstützung mit Sicherheit rechnen. Wohnung findet er bei jenem Gastwirth.

Aus Nr. 25 der Gazeta Grudziadzka
vom 1. März 1898:

Von Herrn Dr. Hoppe

erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Nowacerkiem (Neukirch), den 27. Februar.

In Nr. 23 der Gazeta Grudziadzka habe ich unter der Spitzmarke „Aus dem Kreise Schwetz“ eine Korrespondenz gefunden, die im hohen Grade parteiisch abgefaßt ist und in Sachen der Abtretung der ärztlichen Praxis in Bukowiz direkt verdrehte Mittheilungen macht. Zwecks Vertheidigung der eigenen Person sehe ich mich genöthigt, die Vorwürfe zurückzuweisen, die man in der namenlosen Zuschrift gegen mich geschleudert hat. Vor Allem stelle ich also fest, daß ich mich zwei Jahre hindurch bemüht habe, einen Polen als Nachfolger zu erhalten, und als ich mein Besitzthum trotz aller Bemühung an keinen Polen verkaufen konnte, machte ich den sich meldenden Kollegen den Vorschlag, das Haus zu mietthen, wobei ich ihnen sehr bequeme Bedingungen stellte. Aber auch auf diesen meinen Vorschlag wollte keiner der polnischen Aerzte eingehen, wobei man vorgab, das Risiko nicht übernehmen zu können, oder aber Befürchtungen bezüglich des halatistischen Arztes äußerte, den die Ansiedelungskommission vor zwei Jahren nach Bukowiz hat kommen lassen. Es scheint, daß ich, indem ich zwei ganze Jahre hindurch Anstrengungen gemacht und in fast allen polnischen Zeitungen inserirt habe, um einen polnischen Arzt nach Bukowiz zu bringen, meine heilige Pflicht erfüllt habe, bezüglich deren mir der geehrte Korrespondent Mangel vorwirft. Die Schlüsse, welche der Korrespondent auf seine falsche Voraussetzung aufbaut, sind gleichfalls irrige und für mich im höchsten Grade verlegend. Denn was blieb mir anderes zu thun übrig, da ich gezwungen war, Bukowiz zu verlassen, einen Polen als Nachfolger aber nicht ausfindig zu machen vermochte? Ueber die Gründe, die mich genöthigt haben, Bukowiz zu verlassen, kann ich nicht öffentlich äußern, da ich in meinem Verhältniß meinem Kollegen gegenüber gebunden bin, Diskretion zu wahren, und die Gründe nicht zu offenbaren. Ich versichere jedoch dem geehrten Korrespondenten, daß jene Gründe derart wichtig und zahlreich sind, daß sie meinen Verzug von Bukowiz vollständig rechtfertigen. Ich habe meine Absichten und Schmerzen im letzten Vierteljahr meiner Anwesenheit in Bukowiz bekannten und vertrauten Freunden offenbart und bei Allen Gehör und Bestätigung meiner Ansichten gefunden, so daß ich mich bezüglich des Urtheils, das der geehrte namenlose Korrespondent über mich gefällt hat, nicht sehr kümmern werde. Indem ich betone, daß ich auf weitere Angriffe von seiner Seite nicht mehr antworten werde, verbleibe ich mit Achtung

H. Hoppe.

Aus Nr. 45 des Dziennik Berliński
vom 25. Februar 1898:

Mit Bezug auf die Gründung der
Gazeta Mazurska

meint der Dziennik Berliński:

„Das ist doch allerliebste! Die preussische Regierung erläßt im Einverständniß mit dem Landtage antipolnische Gesetze, die Gerichte verurtheilen die Polen zu Strafen, wegen „Ungebühr“, weil dieselben auf polnisch Zeugniß ablegen wollen, — und der

Königliche Landrath in Lyck, Herr von der Groeben, beabsichtigt gleichzeitig ein polnisches Blatt herauszugeben. Fürchtet der Herr Landrath denn nicht, daß man ihn „großpolnischer Agitation“ beschuldige? Wenn übrigens der Herr Landrath von der Groeben hofft, die Konservativen durch seine „Gazeta Mazurska“ vor einer Niederlage zu bewahren, dann irrt er sich sehr. Dieser Einfall ist keineswegs neu. Ähnliche pseudopolnische Blätter haben unsre Busenfreunde bereits in Oberschlesien und Ermland herausgegeben und dabei viel Geld verbraucht, doch hat unser Volk daselbst diese Blätter nicht lesen wollen, da es die Wölfe in Schafsfleibern erkannte, und es hat die germanisatorischen Blätter in den Ofen geworfen. Auch in Masowien wird es nicht anders sein.

Aus Nr. 47 des Kuryer Poznański
vom 27. Februar 1898:

Gleichberechtigung.

Die katholischen Kinder in Straßburg i. Wpr. — es sind ihrer über 100 — erhalten seit 2 Jahren zeitweise ganze Monate, einmal sogar sechs Monate hindurch keinen katholischen Religionsunterricht in der Schule, da der katholische Lehrer kränklich ist. Und doch wäre es leicht, einen Vertreter aus der Nachbarschaft zu bestellen, da ein katholischer Lehrer 3, ein anderer 4½ Kilometer entfernt wohnt. Anders ist es in Lipowiec. Daselbst erhalten zwei evangelische Kinder allwöchentlich Religionsunterricht, obgleich der Lehrer 4½ Kilometer weit hinkommen muß.

Aus Nr. 25 der Gazeta Grudziadzka
vom 1. März 1898:

In Lauenburg in Pommern

findet am 6. März, Mittags um 12 Uhr, im Saale des Hotels Kleist eine Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1) Bildung einer Wahlorganisation für den Wahlkreis Lauenburg-Stolp, 2) die Angelegenheit betreffend die polnischen Andachten. Um möglichst zahlreiche Betheiligung der Landsleute aus der nahen und fernen Umgegend bittet ergebenst

W. Rulerski.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 44 des Dziennik Berliński
vom 24. Februar 1898:

Bericht

über die Thätigkeit des Industrievereins
in Berlin

für das Jahr 1897.

Am 2. Januar des verflossenen Jahres trat unser Verein in das 31. Jahr seines Bestehens ein. Der Vorstand desselben setzte sich in diesem Jahre aus folgenden Herren zusammen: Berkan als Vorsitzender, Rafowski dessen Stellvertreter, Wojciechowski als Schriftführer, Rzepczynski als Stellvertreter, Bokowski als Kassirer, Jasinski I als Bibliothekar, Jasinski II als Stellvertreter, Demowski,

Kiciński und Głozinski als Beisitzer. Der Verein zählte 97 ordentliche und 2 Ehrenmitglieder, von diesen zogen 7 fort, 5 wurden gestrichen, eins trat aus, zwei starben, und zwar Maczowski und Tomaszewski, es verblieben demnach für das künftige Jahr mit den neu aufgenommenen 90 Mitglieder. Es fanden 44 ordentliche und eine jährliche Generalversammlung statt, bei einer Betheiligung von durchschnittlich 30 Mitgliedern. In den Versammlungen wurden neben Vereinsangelegenheiten alle laufenden Fragen erörtert, welche unsern Verein sowie die Gesamtheit gleichermaßen betreffen; weiter wurden Artikel aus verschiedenen Zeitungen vorgelesen, die Lebensgeschichte verdienter Männer, Beschreibungen, wie z. B. von der Niederlegung des Herzens Kosciuszko's in Rapperswyl u. s. w. und endlich hatten wir folgende Vorträge und Vorlesungen: 1) über die Geschichte des Ostens, Herr v. Drwenski; 2) über das neue Gesetz, betreffend den unlautern Wettbewerb, Abgeordneter v. Sczaniecki; 3) über den polnischen Handel und die polnische Industrie früher und jetzt, Herr Baranowski; 4) über das Adreßbuch des Herrn Saworski, Herr Berkan; 5) über die Geschichte der polnischen Nation von der Theilung bis zum Aufstande im Jahre 1863, Herr Chojnacki; 6) Was ist die Arbeit? Herr Suchowski; 7) Die Pflichten der Polen hinsichtlich der Muttersprache, Herr Rafowski; 8) über die Unterstützung des Handels und der Industrie unsers Landes, Herr W.; 9) über die Verhältnisse und die Lage der Tatra, Herr Berkan; 10) über die Unterstützung unserer Industrie und über die Schwierigkeiten des Exports der Landesprodukte, Herr Rafowski; 11) über die Erde, ihr Entstehen und ihr Ende, Herr Karl Sulikowski; 12) über die Werththeorie, Herr L. Nowak; 13) über die Bedeutung der Chefs, Herr Dr. Czechowski; 14) über Maasse und Größen, Herr Dr. Denizot; 15) über die Organisation unseres Handwerks (in zwei Sitzungen), Herr Dr. Czechowski; 17) über unsern Handel und unsere Industrie im Allgemeinen, Herr Zagorski; 18) über die Industrie der Korallen in der Tatra, Herr Berkan; 19) die Hausindustrie und die Sachsengänger, Herr Rafowski; 20) über Verkauf und Kauf, Herr von Drwenski; 21) über den Dampf, Herr Sulikowski; 22) aus dem Gebiete des Handels, Herr W. und 23) über den Fortschritt der Technik und des Handwerks, Herr Berkan.

Insgesamt also hatten wir 23 Vorträge und Vorlesungen; die Diskussion über dieselben war außerordentlich lebhaft — und in ihrem Verlauf wurde manches Mißverständnis aufgeklärt und beseitigt.

Als ein weiteres Bildungsmittel besitzen wir eine Bibliothek, welche sich aus 623 Werken mit 795 Bänden zusammensetzt, ferner 15 Gesangbücher und eine Auswahl von Theaterstücken. Von der Bibliothek machten 55 Mitglieder Gebrauch, und es wurden von ihnen 494 Bücher gelesen. Von Zeitungen abonnierten wir den Dziennik Berlinski, Dziennik Poznanski, Drendownik, Goniec Wielkopolski, die Dzwignia, das Land in Bildern, die Gazeta Grudziödzka, den Polak, den Djabel, den Przeglöd Wjechpolski und die Gazeta Koscianska.

Der Kassenstand stellt sich wie folgt dar: Gesamteinnahme 336,69 Mark, Ausgabe 283,56 Mark, es verbleiben demnach für das Jahr 1898 53,13 Mark. Die Ausgaben wurden hauptsächlich für Abonnements von Zeitungen, Ankauf von Büchern und für Beiträge verwandt, so insbesondere für den Wawrzyniak-Fonds 10 Mark, für den „unterrichtlichen Hilfsverein“ in Posen 15 Mark, ebensoviel für die Konferenz des heiligen Johannes, und 25 Mark für die Ferien-

kolonien. — Wir sind sowohl bei der Oswiata oder Schulkommission, als auch bei dem Przylisko und bei dem Sokol durch Delegirte vertreten. — Der Schulkommission wurden außer den obengenannten ständigen Beiträgen von unserm Verein 42,83 Mark als außerordentliche Gabe gespendet. Um die Verbindung mit anderen hiesigen polnischen Vereinen hervorzuheben, entsandten wir Delegirte zu ihren Stiftungsfeiern, zum 25jährigen Jubiläum der Industrie-Vereine in Bromberg und Inowrazlaw gratulirten wir schriftlich. Bei der Zusammenkunft der Industriellen in Thorn vertrat unsern Verein Herr Berkan; zu dem 25jährigen Jubiläum des Pfarrers Wawrzyniak entsandten wir zusammen mit anderen Vereinen Abgesandte.

Außerdem traten wir nach außen hin mit der Fahne an dem Begräbniß des verstorbenen Mitgliedes Maczowski auf.

Indem wir endlich die Hebung des Vereinslebens im Auge hatten, veranstalteten wir im verfloßenen Jahre folgende Vergnügungen: am 21. Februar die Feier des Stiftungsfestes, am 13. Juni einen Ausflug nach Hirschgarten, am 10. Juli nahmen wir an einem gemeinschaftlichen Ausflug der Vereine nach Grünau theil — und am 17. Oktober veranstalteten wir eine Liebhabertheater-Vorstellung, verbunden mit einer Festlichkeit und Tanz.

Ich beende diese flüchtige Skizze über die Thätigkeit unseres Vereins mit den Worten:

Es lebe die polnische Industrie,
Heil der Industrie;

Denn in ihr verbirgt sich heut der Gehalt der nationalen Bestrebungen!

Berlin, den 20. Februar 1898.

Stanislaus Zagorski, Schriftführer.

Aus Nr. 46 des Dziennik Berlinski
vom 26. Februar 1898:

Der Berliner polnisch-katholische Verein für den „Norden“

hielt am 16. Januar d. J. seine Jahres-Generalversammlung ab. Im Ganzen sind im Vorjahre 39 Sitzungen gewesen. Der Verein zählt 40 Mitglieder; er abonniert den Dziennik Berlinski als Vereinsorgan. Außerdem halten die Mitglieder auf eigene Kosten für den Verein den Postemp, die Gazeta Grudziödzka und den Wielkopolanin. Die Bibliothek umfaßt über 120 Bände verschiedenen Inhalts. Der Kassenstand ist folgender: Die Einnahme betrug zusammen 202,98 Mark, die Ausgabe 105,88 Mark. 100 Mark sind in der „Sparbüchse“ deponirt worden. Dem Vorstande gehören an: K. Kulinski Vorsitzender, J. Chwaliszewski Vertreter, St. Buczynski Schatzmeister, J. Buczynski Bibliothekar, Sz. Lazinski Vertreter, J. Witkowski und W. Adamczak Beisitzer. Delegirte in den Verein „Oswiata“ sind Zagorski und St. Rantecki. Die Sitzungen finden am Sonntag 7 Uhr im Malkowski'schen Lokal Weddingstr. 9 statt.

Aus Nr. 48 des Dziennik Berlinski
vom 1. März 1898:

Die polnische Sprache im Handel.

Aus kaufmännischen Kreisen erhalten wir die Mittheilung, daß bei hiesigen Firmen immer öfter Bestellungen in polnischer Sprache einlaufen, besonders von Schlesiern her. Die deutschen Kaufleute wissen

selbstverständlich ihr Interesse wahrzunehmen und erledigen diese polnischen Bestellungen so gut sie können. Einzelne haben sich auch schon polnische Buchhalter und Korrespondenten beschafft. Es zeigt sich, daß wir unserer Sprache Gleichberechtigung im Handel erkämpfen könnten, wenn Alle an dem Grundsatz festhielten, an deutsche Firmen nur polnisch zu schreiben. Das würde die Achtung vor unserer Sprache wesentlich erhöhen und für so manchen unserer Landsleute fände sich ein Unterkommen, da dann der Bedarf an polnischen Korrespondenten ein stärkerer wäre als gegenwärtig.

Aus Nr. 48 des Wielkopolanin
vom 1. März 1898:

Bericht über die Thätigkeit des Herz-Jesu-Vereins in Thale.

Thale, 24. Februar 1898.

Unser polnisch-katholischer Herz-Jesu-Verein in Thale, welcher schon seit dem Jahre 1892 besteht, hielt am 6. Februar dieses Jahres seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand Rechenschaft über die Thätigkeit des Vereins für die Zeit vom 3. Januar 1897 bis 6. Februar 1898 ablegte. Zu Anfang des Jahres zählte der Verein 40 Mitglieder, eingetreten sind 78 Mitglieder; von diesen wurden 38 zum Militär eingezogen, ausgeschieden sind zwei. Gegenwärtig zählt der Verein 69 aktive und ein Ehrenmitglied. Unser Verein nahm mit der Fahne an dem zweiten Stiftungsfeste des Vereins in Hysburg bei Hannover theil, er war auch bei dem Fahnenweihefest in Helbra bei Eisleben zugegen. Die heiligen Sakramente nahm der Verein zusammen einmal und zwar zu Ostern. Der Verein hielt 12 ordentliche, 2 General- und 5 Vorstandssitzungen ab. An den Versammlungen, in welchen belehrende Vorträge gehalten wurden, nahmen durchschnittlich 40 bis 50 Mitglieder theil. Der Verein veranstaltete drei Vergnügungen und sein Stiftungsfest, ebenso eine Weihnachtsfeier für Kinder. Die Einnahmen desselben beliefen sich auf 211,20 Mark, die Ausgaben auf 149,50 Mark, hiervon erhielten kranke Mitglieder an Unterstützungen 64,25 Mark. Von Zeitungen abonniren die Mitglieder den Wiarus Polski, Wielkopolanin, Postemp, Glos Polski, die Gazeta Narodowa, die Gazeta Ostrowska aus Ostrowo, die Gazeta Torunska, den Katolik und Drendownik, die Gazeta Roscianska und das Swiatlo. In den Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt: Zum Vorsitzenden Valentin Rendziora, zum Vertreter Adalbert Surma, zum Schriftführer Franz Mucha, zum Stellvertreter Josef Walczak, zum Schatzmeister Michael Cyrulik, zum Stellvertreter Stanislaus Cienzki, zum Revisor Peter Szrama, zum Schöffen Ludwig Samronski. Der Verein besitzt eine Bibliothek aus dem Volksbibliotheken-Verein in Posen; sie setzt sich aus 67 Büchern zusammen. Die Sitzungen finden an jedem Sonntag nach dem ersten eines jeden Monats im Lokale des Herrn Zweidorf statt. Wir bitten alle den Verein betreffenden Briefe zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu richten.

Der Vorstand.

Aus Nr. 23 des Wiarus Polski
vom 24. Februar 1898:

Bruch.

Von allen Seiten melden sich Landsleute, welche sich in Klagen darüber ergehen, daß sie in seelsorgerischer Beziehung unzureichend versehen seien, und diese ihre Beschwerden sind gerechtfertigt, da wir diesen Mangel selbst empfindlich spüren. Ich will heute in dieser Angelegenheit nur soviel sagen: Die gegenwärtige Lage ist gradezu grauenhaft. Unter die Polen sind zahlreiche Agitatoren gesandt worden, um die Polen dem Sozialismus ins Garn zu treiben. Die Polen thun, was in ihren Kräften steht, aber das reicht nicht hin. Den Polen in der Fremde thun durchaus polnische Pfarrer noth. Sie bringen jedem Priester die gebührende Achtung entgegen und werden Jedem dankbar sein, der polnisch lernt, um ihnen Gottes Wort zu verkünden und Beichte zu hören. Ich frage jedoch, wo haben wir in der Diözese Münster solche Priester? Wir würden sie vergebens suchen. In der heutigen Lage wäre es jedoch erwünscht, daß man uns als Priester Polen gäbe, da ein Landsmann besser zu Herzen zu reden und das Unkraut, das der Feind in die Herzen der Polen zu säen strebt, besser auszurotten weiß. Die Situation ist eine derartige, daß es nicht ausreicht, alle Viertel- oder Halbjahre einmal zu predigen, heute bedarf es öfterer Predigten und zwar solcher, wie ich sie manchmal in der Heimath bei Missionen gehört habe. Die Polen haben schon vielmal um polnische Priester gebeten, jedoch vergebens. Wenn mithin der Unglaube und nach ihm der Sozialismus zu den Polen Zutritt erhalten, dann fällt die Verantwortung dafür auf die Häupter derjenigen, die gegen die Bitten der Polen taub gewesen sind. Nochmals richte ich dennoch die Bitte an die geistlichen Behörden, sich über uns zu erbarmen und uns polnische Priester zu geben; denn ohne sie kann so mancher Landsmann elend zu Grunde gehen. Zum Schluß bitte ich die geehrte Redaktion, meine Zuschrift aufzunehmen, damit später, wenn es vielleicht schon zu spät ist, Niemand sagen kann, daß die Polen keine polnischen Pfarrer verlangt und auf die drohende Gefahr nicht hingewiesen haben.

In derselben Angelegenheit bringt der Wiarus Polski in Nr. 24 vom 26. Februar 1898 „aus gut unterrichteter Quelle“ folgende Meldung:

„Es dürfte gewiß die geehrten Leser interessieren, etwas über den gegenwärtigen Stand der geistlichen Seelsorge im Industriegebiet zu erfahren. Zu meiner und ohne Zweifel aller Leser Freude kann ich jetzt Nachstehendes mittheilen: Im Dekanat Dortmund befaßt sich Pater Kornelius mit der geistlichen Seelsorge. Mit welchem Eifer er arbeitet, kann man aus seiner in Nr. 19 des Wiarus veröffentlichten Bekanntmachung entnehmen. Dieser Pater erheilt noch sechs Kaplanen polnischen Unterricht, damit auch diese sobald als möglich unter den Polen zu arbeiten im Stande seien.

In den Dekanaten Bochum und Wattencheid hat man unterdessen dem Pater Nazarius die Seelsorge übertragen, dem Pater Kornelius nach Kräften hilft. Binnen Kurzem wird im Dekanat Wattencheid Pfarrer Drescher aus Neekendorf, dem Pater Nazarius besonders in der Osterzeit Hilfe leistet, die geistliche Seelsorge (unter den Polen) ausüben. Im Dekanat Bochum befaßt sich mit der Seelsorge die Vikare Bitter aus Herne und Kleinsorge aus Bochum. Außerdem lernen noch fleißig polnisch Pfarrer Dr. Jakobs in Rothhausen und Pfarrer Schulte in Gel-

senkirchen-Neustadt, und in der Stadt Bochum nehmen vier jüngere Pfarrer beim Pater Nazarius polnischen Unterricht. Wahrscheinlich wird auch der Hochwürdige Herr Bischof fernerhin alljährlich zwei neugeweihte Kaplanen nach Posen schicken, damit sie ebenfalls genau polnisch lernen; die geistliche Behörde in Köln hat dies jetzt bereits gethan.

Aus Nr. 22 des Wiarus Polski
vom 22. Februar 1898:

Gerthe.

Der hiesige St. Hedwigsverein zählte zu Beginn des Jahres 1897 36 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten 28 hinzu und 14 schieden aus, sodaß 40 ständige Mitglieder verbleiben. Der Verein hat 23 ordentliche Sitzungen, zwei Generalversammlungen und eine Vorstandssitzung abgehalten, sowie ein Fahnenweihfest, eine gemeinsame Osterfeier und eine Weihnachtsbescherung veranstaltet. Einen polnischen Beichtiger hatten wir vier Mal. Die Einnahme betrug 468,96 Mark, die Ausgabe 426 Mark. In der Bibliothek befinden sich 111 Bände, welche Eigenthum des Posener Volksbibliothekenvereins sind. An Zeitschriften abonniert der Verein den Wiarus Polski und den Gonicz Wielkopolski. Den Vorstand bilden: Wikar Brachthäuser Ehrenvorsitzender, Peter Antoniewicz Vorsitzender, J. Wojciechowski Vertreter, M. Filipiak Schriftführer, S. Jagodzinski Vertreter, J. Blazkiewicz Kassirer, M. Podziomka Vertreter, Peter Szylzka und Josef Kustrang Kassenrevisoren, Lorenz Kordus Bibliothekar, Josef Gawronski Vertreter.

Aus Nr. 22 des Wiarus Polski
vom 22. Februar 1898:

Laar bei Ruhrort.

Der hiesige St. Antoniusverein zählte zu Beginn des Jahres 100 Mitglieder; 44 traten neu ein, 17 schieden aus, so daß die jetzige Mitgliederzahl 127 beträgt. Die Einnahme des Vereins erreichte die Summe von 777,85 Mark, die Ausgabe 480,85 M. In der Sparkasse hat der Verein 685,47 Mark deponirt. Die aus 125 Bänden bestehende Bibliothek ist Eigenthum des Volksbibliothekenvereins in Posen. Ein polnischer Geistlicher hielt drei Andachten ab. Den Vorstand bilden: Kaplan Schmiß Ehrenvorsitzender, St. Hoffmann Vorsitzender, Kasimir Koles Schriftführer, Franz Piotrowski Vertreter, Peter Szymala Schatzmeister, Franz Czapracki Vertreter, Josef Stawicki und Josef Kosalka Kassenrevisoren, Valentin Wodniczaf Bibliothekar, Franz Wodniczaf Vertreter.

Elberfeld.

Am 2. Januar hielt der Verein „Zgoda“ seine Generalversammlung ab, in welcher auch die Wahl eines neuen Vorstandes vollzogen wurde. Vorsitzender wurde Josephat Nawrot, Vertreter Johann Ponczek, Schriftführer Josef Cypis, Vertreter Wladislaus Kurz, Schatzmeister Josef Mral, Bibliothekar Edmund Glowacki, Vertreter Michael Tuszynski, Kassenrevisoren Apollinarius Kaczmarek, Boleslaus Gawenczi und Michael Dombrowski.

Wiemelhausen.

Der Bronislawaverein hier selbst besteht das vierte Jahr. Zu Beginn des Jahres 1897 zählte er 73 Mitglieder; es traten 27 hinzu und 42 schieden aus, sodaß der Mitgliederbestand pro 1898 58 beträgt. Im Ganzen wurden 21 Sitzungen abgehalten. Seit dem 1. April gewährt der Verein Krankenunterstützung, und zwar täglich je 50 Pfennige mit Ausnahme der ersten drei Tage und der Sonntage. Der Verein veranstaltete im Kreise seiner Mitglieder eine Oster- und Weihnachtsfeier. Die Bibliothek zählt gegenwärtig 151 Bände verschiedenen Inhalts, welche Eigenthum des Volksbibliothekenvereins in Posen sind. Die Kasseneinnahme belief sich auf 340,70 M., die Ausgabe auf 224,85 Mark. In den Vorstand wurden gewählt Propst Alpmann Ehrenvorsitzender, W. Piotrowski Vorsitzender, J. Dudzinski Vertreter, J. Karwatka Schriftführer, L. Wojcinski Vertreter, L. Wojcinski Schatzmeister, W. Rowalewicz Vertreter, St. Dlejnizaf und M. Wagner Bibliothekare, J. Marciniak und B. Gabryelski Kassenrevisoren.

Osterfeld.

Der im Jahre 1894 hier selbst gegründete St. Josephverein hielt am 2. d. Mts. seine Generalversammlung ab, in welcher der Vorstand den Bericht über seine Thätigkeit erstattete. Zu Beginn des Jahres 1897 zählte der Verein 60 Mitglieder, gegenwärtig 51. Zweimal im Monat fanden Sitzungen statt. Die Einnahme betrug 198,40 Mark, die Ausgabe 128,36 Mark. Mit Einschluß des Kassenbestandes aus dem Jahre 1896 in Höhe von 105,62 Mark haben wir gegenwärtig 175,66 Mark in der Kasse. Das einzige Vergnügen, welches wir veranstalteten, eine Theatervorstellung, brachte 43,50 Mark Reingewinn und wurde von drei Nachbarvereinen besucht. Außerdem haben wir gemeinsam eine Weihnachtsfeier abgehalten. In den Vorstand wurden gewählt: A. Lorek Vorsitzender, J. Malolepszy Vertreter, A. Janeczowski Schriftführer, B. Skrzypczynski Vertreter, L. Strugala Schatzmeister, M. Przewozny Vertreter, Peter Kornobis und Ludwig Nowak Kassenrevisoren, J. Nawrocki und J. Klemczaf Beisitzer.

Alstadt.

Der St. Georgsverein hier selbst zählte zu Beginn des Jahres 1897 44 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten 28 hinzu und 12 schieden aus, so daß gegenwärtig 60 aktive Mitglieder vorhanden sind. Es sind zwei Generalversammlungen und 10 ordentliche Sitzungen abgehalten worden. Anfang 1897 waren 202,11 Mark in der Kasse; die Einnahme im Laufe des Jahres betrug 171,70 Mark, die Ausgabe 177,75 Mark. Von dem Bestande 196,06 Mark beschloß der Verein 100 Mark in die Sparkasse zu zahlen. Einen polnischen Geistlichen hatten wir fünf Mal. Auf das Gedeihen des Vereins wurden drei Messen gelesen. Vergnügungen haben wir nicht veranstaltet und zwar aus Anlaß der Unannehmlichkeiten, welche uns zu Beginn des Jahres gewisse, allen Landsleuten bekannte Personen verursacht haben. Wir haben nur eine gemeinsame Weihnachtseinbescherung für unsere Kinder veranstaltet. In den Vorstand sind pro 1898 gewählt worden: Franz Radecki Vorsitzender, Martin Oles Vertreter, J. Ucher Schriftführer, P. Radecki Vertreter, J. Kocha Schatzmeister, J. Piontek Vertreter, Emanuel Sedlaczek Bibliothekar, B. Koniarek Vertreter, J. Chlapet und G. Stoklosa Kassenrevisoren. Der Verein abonniert den Wiarus Polski.

Auch erhalten die Mitglieder die Monatsandachten aus Krakau, die der Vorsitzende kommen läßt. Ferner werden gelesen: Katolik, Nowiny Raciborskie, Wiarus Polski und Dziennik Szlonski, sowie die Bücher aus der Bibliothek.

Aus Nr. 23 des Wiarus Polski
vom 24. Februar 1898:

Altenbochum.

Der Josephverein in Altenbochum zählte zu Beginn des Jahres 1897 36 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten 26 neue hinzu und 18 aus, so daß der Mitgliederbestand gegenwärtig 44 beträgt. Es sind 23 ordentliche Sitzungen, vier Generalversammlungen und drei Vorstandssitzungen abgehalten worden. Zwei Mal hatten wir einen polnischen Geistlichen. Die Vereinsbibliothek besteht aus 130 dem Volksbibliothekenverein in Posen gehörenden Büchern. Der Verein hat ein Vergnügen, sowie eine gemeinschaftliche Weihnachtseinbescherung und eine Osterfeier veranstaltet. Die Einnahme betrug 330,90 Mark, die Ausgabe 142,95 Mark. Der Verein gewährt den Mitgliedern Unterstützung in Krankheitsfällen. Demgemäß wurden an 13 Mitglieder insgesamt 75,50 Mark gezahlt; drei Mitglieder erhielten zu Beerdigungszwecken 30 Mark, so daß die Gesamtausgabe 248,45 Mark betrug. Mit Einschluß des Uebertrags aus dem Vorjahre in Höhe von 147,30 Mark beträgt der gegenwärtige Kassenbestand 229,75 Mark.

In der im Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt, der aus folgenden Personen besteht: Propst Vogel Ehren-

vorsitzender, W. Grzegorski Vorsitzender, M. Kazmierczak Vertreter, Ludwig Szublarzki Schriftführer, J. Mikolajczak Vertreter, A. Grngier Schatzmeister, J. Dopierala Vertreter, T. Udzif Bibliothekar, A. Mito-lajczak Vertreter, St. Dopierala und J. Wlofiet Kassenrevisoren.

Aus Nr. 24 des Wiarus Polski
vom 26. Februar 1898:

Habinghorst.

Der St. Stephanverein hat im verflossenen Jahre 27 Sitzungen veranstaltet, davon eine ordentliche, zwei außerordentliche Generalversammlungen und zwei Vorstandssitzungen. Zu Beginn des Jahres zählte der Verein 37 Mitglieder; 31 traten neu hinzu, 21 schieden aus, so daß der Verein gegenwärtig 45 ordentliche und 2 Ehrenmitglieder hat. Der Verein hat zwei Vergnügungen, sowie eine gemeinsame Weihnachts- und Osterfeier veranstaltet. Die Einnahme des Vereins betrug 474,55 Mark, die Ausgabe 466,45 Mark. Die aus 178 Bänden bestehende Bibliothek ist Eigenthum des Posener Volksbibliothekenvereins. Die Mitglieder abonniren zum größten Theil den Wiarus Polski. In den Vorstand wurden für 1898 folgende Personen gewählt: Johann Terakowski Vorsitzender, J. Kostuj Vertreter, A. Matuzewski Schriftführer, Pol. Jastrzewski Vertreter, J. Wozniak Schatzmeister, A. Szalata Vertreter, J. Baranowski Bibliothekar, J. Szalata Vertreter, J. Szalata und A. Jernas Kassenrevisoren. Die Versammlungen finden am ersten und dritten Sonntag eines jeden Monats im Hettingenschen Saale statt.

